

Protokoll
über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Soziales, Senioren, Jugend und Gleichstellungsangelegenheiten
am 10. September 2015, 19.00 Uhr,
in der Mensa der Gemeinschaftsschule Auenland, Schäferberg 28,
24576 Bad Bramstedt

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21:34 Uhr

Anwesend:

Herr Dr. Spies, Vorsitzender
Frau Meins
Frau Schuppe
Herr Weiß
Herr Maczeyzik für Herrn Fülcher
Frau Bornhöft
Herr Benzmann
Frau Neumann
Frau Metzloff für Frau Westenfelder
Herr Verges
Herr Cheglov

Nicht stimmberechtigt: Stadtverordnete Herr Helmcke, Herr Behm, bürgerliche
Mitglieder Frau Baum, Herr Knappe

Seniorenbeirat: Frau Helmcke

Beauftragte für Menschen
mit Behinderung: Frau Höch

Gleichstellungsbeauftragte: Frau Städing

Gäste: Frau Persiehl, Presse, Herr Arns, Herr Deters, Herr Staubus,
Frau Göppert

Von der Verwaltung: Herr Bürgermeister Kütbach, Frau Klinger,
Sachgebietsleiterin Sozialamt, Frau Rettmann, Frau
Wanneck, Protokollführer: Herr Kamensky

Herr Dr. Spies, Vorsitzender des Ausschuss für Soziales, Senioren, Jugend und Gleichstellungsangelegenheiten, begrüßt die Anwesenden, eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung für den Ausschuss für Soziales, Senioren, Jugend und Gleichstellungsangelegenheiten form- und fristgerecht zugestellt wurde und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses vorliegt.

Herr Dr. Spies teilt mit, dass die CDU-Fraktion folgenden Antrag eingebracht hat:

Antrag der CDU –Fraktion Bad Bramstedt zur Betreuung ehrenamtlicher Helfer im AK-Flüchtlingshilfe

Da auch über die Entwicklung von Asylbewerberangelegenheiten gesprochen werden soll, möchte Herr Dr. Spies diesen Antrag unter den neuen Punkt 5

„Flüchtlingsangelegenheiten“ mit behandeln, der einvernehmlich als Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung genommen wird. Die bisherigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Tagesordnung:

Nr.	Bezeichnung
1.	Einwohnerfragestunde
2.	Bezuschussung der Mittagsverpflegung in den Kindertagesstätten
3.	Elternbeiträge
4.	Antrag des DRK Ortsverbandes Bad Bramstedt e. V. auf finanzielle Unterstützung für 2015
5.	Flüchtlingsangelegenheiten
6.	Bericht der Verwaltung
7.	Verschiedenes

TOP 1	Einwohnerfragestunde
--------------	-----------------------------

Herr Arns fragt nach, was mit Hilfe von ehrenamtlichen Betreuern getan werden kann, um die Begegnungen von Flüchtlingen mit der Bevölkerung zu unterstützen.

Außerdem regt Herr Arns an, dass nach jedem Tagesordnungspunkt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eingeräumt wird, sich zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt zu äußern. Diese Möglichkeit könnte auch auf einen zeitlichen Rahmen begrenzt werden.

Herr Dr. Spies erklärt, dass die Betreuung der Flüchtlinge durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bereits wahrgenommen wird. Der Vorschlag wird durch den Ausschuss begrüßt.

Herr Kütbach ergänzt, dass es schon vielfältige Kontakte gibt, die aber auch noch ausgebaut werden können. Die ehrenamtlichen Betreuer kommen auch zu einem runden Tisch zusammen, bei dem die Problemlagen und auch die Aktivitäten abgestimmt werden. Die Vernetzung muss noch verbessert werden.

Herr Dr. Spies erläutert zur Frage der Redemöglichkeit nach jedem Tagesordnungspunkt, dass so ein Verfahren sehr schwierig ist. Bisher wurden im Einzelfall bei schwierigen Themen Fragen auch zugelassen. Insgesamt würde das Einräumen eines Rederechtes nach jedem Tagesordnungspunkt aber den Ablauf der Sitzung beeinträchtigen.

Herr Staubus erklärt, dass er Anlieger der Harm-Straße ist. Durch den Eigentümerwechsel des Betriebs Thomsen ist es in den vergangenen Wochen zu erheblichen Lärmbelästigungen auch während der Nachtzeit gekommen. Das Anliegen wurde von ihm auch bereits in der letzten Bauausschusssitzung vorgetragen.

Außerdem hat das Aufkommen von Schwerlastverkehr in der Zubringerstraße zu diesem Betrieb stark zugenommen. Da es sich dort auch um einen Schulweg handelt, können die Kinder diesen Schulweg nicht mehr sicher nutzen, da die LKW-Fahrer sich

teilweise verkehrswidrig und rücksichtslos verhalten. Eine Beschwerde bei der örtlichen Polizeistation hat zu keinem Ergebnis geführt.

Herr Deters ergänzt, dass die LKW-Fahrer ohne Rücksicht auf den Straßenverkehr von dem Firmengelände fahren. Außerdem entstehen Behinderungen durch parkenden LKW-Verkehr und Lärmbelästigungen durch die Kühlaggregate der LKWs.

Herr Kütbach bestätigt, dass es durch den Eigentümerwechsel zu Veränderungen hinsichtlich des Betriebsablaufs gekommen ist. Die Firma hat aber eine Betriebserlaubnis. Das Staatliche Umweltamt ist wegen der Probleme eingeschaltet worden und prüft, ob die Betriebserlaubnis eingehalten wird. Die Stadt Bad Bramstedt hat sich mit der Unternehmensleitung wegen der Lärmbelästigungen in Verbindung gesetzt, damit die geltenden Immissionsrichtwerte eingehalten werden.

Der Punkt der Schulwegsicherung ist mit aufgenommen worden. Herr Kütbach wird sich auch mit dem Dienststellenleiter der Polizei in Verbindung setzen, um die Angelegenheit zu erörtern.

Herr Helmcke ergänzt, dass wegen der Schulwegsicherung die Einrichtung einer 30-Km/h-Zone geprüft wird.

Herr Kütbach erklärt dazu, dass die Einrichtung einer 30-Km/h-Zone wohl nicht möglich sein wird, da es sich im dortigen Bereich nicht um ein Wohngebiet handelt, sondern dort Gewerbebetriebe ansässig sind. Es ist zu prüfen, ob auch insbesondere wegen des dortigen Kindergartens eine streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h möglich ist.

Herr Staubus berichtet auch von gefährlichen Situationen im Bereich der Harm-Straße durch parkende Fahrzeuge. Es wird mitgeteilt, dass nach Prüfung des Sachverhaltes die Anlieger eine entsprechende Mitteilung erhalten.

TOP 2	Bezuschussung der Mittagsverpflegung in den Kindertagesstätten
--------------	---

Herr Kamensky erläutert die Sitzungsvorlage.

Frau Meins schlägt eine Erhöhung des Elternbeitrages für die Mittagsverpflegung von 51,00 € monatlich auf 55,00 € monatlich vor, da die letzte Erhöhung im Jahre 2010 erfolgt ist. Daneben ist zu berücksichtigen, dass sich die Qualität der Mittagsverpflegung auch verbessert hat.

Herr Dr. Spies spricht sich für die SPD-Fraktion gegen eine Erhöhung des Elternbeitrages zur Mittagsverpflegung aus, da die Kosten bereits jetzt an der Grenze der Belastbarkeit für einige Eltern liegen.

Der Ausschuss für Soziales, Senioren, Jugend und Gleichstellungsangelegenheiten empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Elternbeitrag für die Mittagsverpflegung der Kindertagesstätten wird nicht angehoben und wird auf 51,00 € monatlich festgesetzt.

In das Vertragswerk für die Budgetierung ist die Zuschussung für die Mittagsverpflegung mit einzuarbeiten. Grundlage ist, dass die Stadt Bad Bramstedt die Defizitkosten übernimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

TOP 3	Elternbeiträge
--------------	-----------------------

Herr Kamensky erläutert, dass bei der letzten Beschlussfassung über die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten Stundenzahlen nicht berücksichtigt worden sind, die bei den Regelplätzen und Krippenplätzen von den verschiedenen Trägern angeboten werden.

Außerdem ist eine Regelung zu treffen, welcher Elternbeitrag zu zahlen ist, wenn Kinder 3 Jahre alt werden, die bisher einen Krippenplatz belegt haben, wenn im Elementarbereich noch kein Platz frei ist.

Herr Dr. Spies erklärt, dass die SPD-Fraktion wie bisher keine Zustimmung geben wird.

Der Ausschuss für Soziales, Senioren, Jugend und Gleichstellungsangelegenheiten empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Bei den Regelplätzen ist die Beschlussfassung so auszulegen, dass 25 % der Betriebskosten abzudecken sind. Insofern ergibt sich bei einem Elternbeitrag von 25 % der Betriebskosten ein Kostensatz von 1,1616923077 € pro Stunde. Dieser Kostensatz ist dann hochzurechnen, d.h. Anzahl der Wochenstunden x 13 Wochen : 3 Monate = Elternbeitrag
2. Bei den Krippenplätzen sind bei den nachfolgend aufgeführten Stundenzahlen die Höchstsätze der niedrigen Stufe anzusetzen.
37,5 Std. = Elternbeitrag 236,00 €
47,5 Std. = Elternbeitrag 296,00 €
50 Std. = Elternbeitrag 296,00 €
3. Die Kosten für einen Krippenplatz sind solange zu zahlen, wie das Kind einen Krippenplatz in Anspruch nimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen, 1 Stimmenenthaltung

TOP 4	Antrag des DRK Ortsverbandes Bad Bramstedt e. V. auf finanzielle Unterstützung für 2015
--------------	--

Herr Dr. Spies erläutert den bisherigen Sachverhalt.

Herr Weiß beantragt für die CDU-Fraktion, dass dem DRK-Ortsverband Bad Bramstedt e.V. wie bisher ein Zuschuss von 6.500,00 € gewährt wird.

Herr Dr. Spies beantragt für die SPD-Fraktion gemäß Fraktionsbeschluss eine Erhöhung des bisher dem DRK-Ortsverband Bad Bramstedt e.V. gewährten Zuschusses von 6.500,00 € um 2.000,00 € auf 8.500,00 €.

Er machte an dieser Stelle nochmals deutlich, dass die SPD Fraktion gewillt sei, dem DRK im Rahmen des Möglichen zu helfen, dass er jedoch keinerlei Verpflichtung aus dem nicht mehr Vorhandensein des Hauses der sozialen Dienste sehe.

Frau Schuppe beantragt für die FDP-Fraktion, dass dem DRK-Ortsverband Bad Bramstedt e.V. der volle Zuschuss in Höhe von 12.392,72 € gewährt wird.

Frau Metzloff teilt mit, dass Bündnis 90/Die Grünen sich dem Vorschlag der SPD-Fraktion anschließen.

Nach eingehender Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende über die Anträge abstimmen. Zuerst wird über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt.

Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion:

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen

Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 5 Stimmenenthaltungen

Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion angenommen und dem DRK-Ortsverband wird ein Zuschuss von 8.500,00 € gewährt. Über den Antrag der CDU-Fraktion wird daher nicht mehr abgestimmt.

TOP 5	Flüchtlingsangelegenheiten
--------------	-----------------------------------

Herr Bürgermeister Kütbach teilt mit, dass die Bundespolizei dem Land die Sporthalle für die vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt hat. Am Montagabend sind in der Sporthalle ca. 100 Flüchtlinge untergebracht worden. Diese Flüchtlinge sind am Dienstagabend in die Kaserne Putlos verlegt worden. Heute ist die Mitteilung eingegangen, dass ab Freitagabend wieder neue Flüchtlinge in der Sporthalle untergebracht werden sollen.

Herr Kamensky stellt die Flüchtlingssituation in Bad Bramstedt anhand des Vermerkes vom 09.09.2015 dar.

Die aktuelle Zahl der Asylbewerber in Bad Bramstedt beträgt seit heute Nachmittag 110 Personen.

Es sind derzeit 43 Wohnungen und Appartements angemietet. Davon werden 8 Wohnungen zumindest teilweise von insgesamt 18 Personen bewohnt, bei denen das Asylverfahren bereits abgeschlossen ist, die aber keinen anderweitigen Wohnraum finden, da kaum Wohnungen frei sind.

Der Kreis Segeberg hatte Ende Mai 2015 mitgeteilt, dass die Stadt Bad Bramstedt für 2015 80 Personen aufnehmen muss, abzüglich 7 Personen aus dem Vorjahr = 73 Personen.

Zum 19.08.2015 wurde die Quote auf 102 Personen erhöht, abzüglich 7 Personen aus dem Vorjahr = 95 Personen.

Der Kreis Segeberg hat am 02.09.2015 angekündigt, dass kreisweit statt ca. 40 Personen pro Woche nun ca. 100 Personen wöchentlich verteilt werden müssen. Daher ist davon auszugehen, dass es eine neue, noch höhere Quote geben wird.

Geht man davon aus, dass das Land Schleswig-Holstein (Stand 09.09.2015) 27.000 Flüchtlinge aufnehmen muss, dann muss die Stadt Bad Bramstedt bis Ende des Jahres noch zwischen 70 und 84 Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen.

Dabei ist aber zu beachten, dass es Prognosen sind, die aufgrund der jetzigen Informationen abgegeben werden. Derzeit ändern sich die Zahlen sehr schnell. Es gibt auch schon Presseberichte, dass das Land Schleswig-Holstein bis Jahresende 36.000 Flüchtlinge aufnehmen muss, diese sind allerdings noch nicht offiziell bestätigt. Dann würde sich die Zahl der aufzunehmenden Asylbewerber für Bad Bramstedt noch erheblich erhöhen.

Festzuhalten ist, dass zurzeit keine verlässlichen Zahlen vorliegen, die eine konkretere Planung möglich machen.

Es wurde mit einem Investor gesprochen, der bereit ist, weitere 11 Wohnungen zu schaffen, die bei guter Witterung bis Anfang 2016 bezugsfertig sein könnten. In diesen Wohnungen könnten 22 Personen untergebracht werden.

Der Investor ist auch bereit, im vorderen Bereich des Grundstückes weitere Wohnungen zu schaffen. Dieser Bereich könnte 3-geschossig bebaut werden.

Zum 15.09.2015 wird eine Wohnung auf dem Gelände des Klinikums angemietet.

In den vorhandenen Unterkünften können derzeit 10 weitere Einzelpersonen untergebracht werden.

Zudem gibt es Erweiterungsmöglichkeiten in 6 Appartements. In diesen ist eine Doppelbelegung gestattet, die Appartements sind derzeit aber mit nur einer Person belegt.

Aufgrund der o. a. Optionen könnten z. Zt. noch 35 Flüchtlinge untergebracht werden. Aktuell fehlt es an der Unterbringungsmöglichkeit von ca. 35 bis 49 Personen.

Die Mitarbeiterinnen des Sozialamtes und auch Unterzeichner sind laufend damit beschäftigt, weiteren Wohnraum anzumieten.

Dass Wohnungen teilweise noch mit Flüchtlingen belegt sind, die eine Aufenthaltserlaubnis haben, zeigt, dass in Bad Bramstedt auch ein Bedarf an Sozialwohnungen besteht. Dieser Personenkreis findet auf dem Wohnungsmarkt derzeit keinen bezahlbaren Wohnraum. Das liegt natürlich u. a. daran, dass auch die Stadt Bad Bramstedt für die Unterbringung von Flüchtlingen Wohnraum anmietet.

Festzustellen ist, dass in Bad Bramstedt Sozialwohnungen fehlen und unbedingt geschaffen werden müssen. Aus diesem Grunde werden unverzüglich Gespräche mit potenziellen Wohnungsbauunternehmen zur Schaffung von Sozialwohnungen vereinbart.

Für die Unterbringung von Flüchtlingen ist aus Sicht des Protokollführers der Bau von Wohnraum für 120 Personen durch die Stadt Bad Bramstedt aufgrund der Entwicklung der Flüchtlingssituation in den vergangenen 2 Wochen erforderlich und sollte schnellstmöglich realisiert werden. Ggfs. muss nachgesteuert werden, wenn weitere Unterbringungsmöglichkeiten benötigt werden.

Es besteht bei den politischen Vertretern Einvernehmen, dass der Standort Kieler Straße erst einmal nicht erweitert werden sollte, um eine Konzentration der Flüchtlingsunterbringung zu vermeiden.

Um das Thema Flüchtlingsunterbringung weiter zu bearbeiten, wird die Einrichtung einer Task Force vorgeschlagen, die an einem festen Termin alle 14 Tage zusammenkommen sollte. Sollte eine Zusammenkunft nicht notwendig sein, könnte diese Task Force per E-Mail benachrichtigt werden. Vorschlag für Mitglieder: Bürgermeister Kütbach, 1 Vertreter je Fraktion, Sozialausschussvorsitzender, Vertreter Flüchtlingsbetreuung, Herr Kamensky.

Nach eingehender Diskussion beschließt der Ausschuss für Soziales, Senioren, Jugend und Gleichstellungsangelegenheiten:

1. Auf dem ehemaligen Gelände der Bundespolizei ist schnellstmöglich ein Wohngebäude in 2-geschossiger Bauweise für die Unterbringung von 120 Personen zu errichten. Das Gebäude soll den Anforderungen des sozialen Wohnungsbaus entsprechen. Das Gebäude sollte, sofern möglich durch einen Investor errichtet werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin Wohnraum zu suchen und anzumieten, um eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge gewährleisten zu können.
3. Mit den potentiellen Wohnungsbauunternehmen sind Gespräche zu führen, damit der Bau von Sozialwohnungen in Bad Bramstedt erfolgt.
4. Es ist eine Task-Force für die Flüchtlingsunterbringung einzurichten. Teilnehmer: Bürgermeister Kütbach, 1 Vertreter je Fraktion, Sozialausschussvorsitzender, Vertreter Flüchtlingsbetreuung und Herr Kamensky. Die Fraktionen werden jeweils ein Mitglied benennen. Dann ist ein ständiger fester Termin abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Dr. Spies führt zum Thema Antrag der CDU-Fraktion Bad Bramstedt zur Betreuung ehrenamtlicher Helfer im AK-Flüchtlingshilfe ein.

Herr Weiß erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Der Antrag findet Unterstützung bei allen Fraktionen.

Herr Kütbach erklärt, dass bei der Schaffung einer neuen Stelle die Änderung des Stellenplans notwendig ist. Es sollte eine größtmögliche Flexibilität gegeben sein, um eine schnelle Umsetzung zu erreichen. Bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses wird die Verwaltung eine Stellenbeschreibung vorlegen.

Nach eingehender Diskussion beschließt der Ausschuss für Soziales, Senioren, Jugend und Gleichstellungsangelegenheiten:

Es ist eine Ganztagsstelle, befristet auf 2 Jahre, mit der Zielsetzung der Koordination der Tätigkeit der Verwaltung und der ehrenamtlichen Helfer bei der Flüchtlingsbetreuung zu schaffen. Wünschenswert ist eine sozialpädagogische Ausbildung bzw. eine Verwaltungskraft mit sozialpädagogischer Erfahrung.

Dem Hauptausschuss und der Stadtverordnetenversammlung wird eine entsprechende Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 6	Bericht der Verwaltung
-------	------------------------

Herr Kütbach teilt mit, dass am 30. September 2015 die nächste Einwohnerversammlung stattfindet. Thema ist u. a. die Gestaltung des Bleecks und die Asylbewerberunterbringung.

Herr Kütbach weist auf die am Wochenende stattfindenden Seniorentage hin, für die der Seniorenbeirat wieder ein sehr gutes Programm aufgestellt hat.

Herr Kütbach gibt den Stand Einführung von Schulassistenzen bekannt. Das Interessenbekundungsverfahren hat stattgefunden. 5 Träger haben ihr Interesse bekundet. Da die Verträge mit dem Land noch nicht vorliegen, kann das weitere Verfahren noch nicht durchgeführt werden. Die inhaltlichen Anforderungen sind noch abzustimmen. Es gibt außerdem noch Gesprächsbedarf, weil die Kreise die Einführung der Schulassistenzen nutzen wollen, Einsparungen bei den Schulbegleitungen vorzunehmen.

Herr Kamensky teilt mit, dass der Jahresbericht für das Jugendzentrum Bad Bramstedt vorliegt. Es bestehen keine Bedenken, dass der Bericht den Ausschussmitgliedern per E-Mail zugesandt wird.

Weiter teilt Herr Kamensky mit, dass die Kindertagesstätte Spielstube, Holsatenallee im vergangenen Kindergartenjahr aufgrund von Personalengpässen tageweise schließen musste. Mit dem Träger und Vertretern der betroffenen Eltern hat in der Verwaltung ein Gespräch dazu stattgefunden. Die Argumente wurden ausgetauscht und die Verwaltung hat bei Bedarf ein weiteres Gespräch angeboten. Von diesem Angebot ist bisher kein Gebrauch gemacht worden.

Herr Kamensky gibt bekannt, dass die DRLG, Ortsgruppe Bad Bramstedt, einen Zuschussantrag gestellt hat. Dieser Antrag wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Senioren, Jugend und Gleichstellungsangelegenheiten gesetzt.

TOP 7	Verschiedenes
--------------	----------------------

Herr Verges fragt nach, wie der Sachstand bei der Einführung der Kita-Software Little Bird ist. Außerdem bittet Herr Verges um Mitteilung, ob alle Kinder einen Kindergartenplatz erhalten haben oder ob noch Plätze frei sind.

Herr Kamensky teilt mit, dass aufgrund der Arbeitsbelastung insbesondere durch die steigende Zahl der Asylbewerber die Einführung der Kita-Software Little Bird momentan nicht weiter bearbeitet werden konnte.

Es sind bei der Verwaltung keine Nachfragen eingegangen, dass Eltern noch einen Kindergartenplatz suchen. Insofern ist davon auszugehen, dass alle Eltern einen Kindergartenplatz für ihre Kinder erhalten haben. Inwieweit Plätze nicht belegt worden sind, kann derzeit nicht beantwortet werden.

Herr Dr. Spies bittet um Abstimmung eines Besichtigungstermins der Kleiderkammer des DRK Ortsverbandes Bad Bramstedt e. V.

Herr Dr. Spies teilt mit, dass gewünscht wird, dass der Sozialausschuss die nächste Sitzung in der Seniorenresidenz durchführt. Die Verwaltung wird gebeten, einen Termin abzustimmen.

Frau Städing teilt mit, dass am 16.09.2015, um 19.00 Uhr, im Gemeindehaus anlässlich des Welt-Alzheimer-Tages eine Lesung stattfindet: „Der alte König in seinem Exil“

Weiter gibt Frau Städing bekannt, dass am Sonntag, dem 20.09.2015, 10.30 Uhr, ein ökumenischer Gottesdienst in der Katholischen Kirche stattfindet.

Herr Dr. Spies schließt um 21.34 Uhr die Sitzung.

gesehen

gez. Dr. Manfred Spies
Vorsitzender

gez. Hans-Jürgen Kütbach
Bürgermeister

gez. Jörg Kamensky
Protokollführer